

10 Jahre MIT-Kommission „Unternehmerfrauen im Mittelstand“ in Berlin **Bundesfamilienministerin Kristina Schröder stellt Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Mittelpunkt.**

Welche Auswirkungen hat die anstehende Reform im Gesundheitswesen auf kleine und mittelständische Unternehmen? Wie belastet die Reform des GEZ-Gebührenmodells die Firmen? Die Unternehmerinnen fordern einen konsequenten Bürokratieabbau und keine Bürokratieverlagerung auf die Schreibtische der mittelständischen Unternehmen. Stichwort: Die neuste EU-Verordnung lautet: „Dienstleistungs-Informationspflicht-Verordnung“ und ist ab dem 01.06.2010 gültig. Darin wird genau geregelt, welche Informationen über das Unternehmen ein Kunden erhalten muss, bevor eine Dienstleistung ausgeführt werden darf.

Das waren unter anderem Themen die im Juli von 50 mittelständischen Unternehmerinnen aus ganz Deutschland in den Räumen des Bundestags in Berlin diskutiert wurden. Stadt- und Kreisrätin Dorothea Maisch aus Gaggenau gehört als Vertreterin des Handwerks seit 2006 dieser Kommission an und vertritt unseren Landkreis. „Hier fließen Informationen und wichtige Impulse werden gegeben, welche Auswirkungen die Politik aus Berlin auf unsere Unternehmen hat“, so Maisch.

Marie-Luise Dött MdB kommt selbst aus dem Mittelstand und ist im Bundesvorstand der MIT. Sie hat die Kommission 2000 gegründet und weiß nicht nur, dass Frauen aus dem Mittelstand praxisorientiert arbeiten, sondern sie macht die Informationen zum Bestandteil ihrer Arbeit.

Die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder ließ es sich nicht nehmen, sich an dieser Tagung den Unternehmerfrauen vorzustellen. „Frauenanteil in den Führungsetagen deutscher Unternehmen“, hierauf bezieht sich die Sinustudie des BMFSFJ. „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Grundlage, um Frauen die Möglichkeit zu bieten auch Führungsverantwortung zu übernehmen“ so die Ministerin.

Der Beschluss der Frauen der CDU Bundestagsfraktion vom 01.07.2010 geht aber weiter. Er stützt sich auf die Studie und formuliert klare Ziele, nur so können Fortschritte qualitativ und quantitativ bewertet werden. Bis 2014 sollen mitbestimmungspflichtige Unternehmen durch Selbstverpflichtung den Frauenanteil in Führungspositionen und Aufsichtsräten auf mindestens 30 % steigern. Außerdem fordern sie eine verbindliche Berichtspflicht und transparente Selbstverpflichtungen.



Personen von links nach rechts:
Marie-Luise Dött MdB, Manuela Möller EAF,
Kristina Schröder Bundesfamilienministerin
Dorothea Maisch, Vizepräsidentin Unternehmerfrauen
im Handwerk Baden-Württemberg, CDU Stadt - und
Kreisrätin Gaggenau